

der westdeutschen Gesellschaft mit der Politik Adenauers hingegen war in hohem Maße die Konsequenz eines zuvor etablierten „Kartells der Angst“ (Dahrendorf 1968: 297, 302f., 306f. und 359). Überhöhte Bedrohungsvorstellungen als Folge einer gezielten Schwarz-Weiß-Zeichnung der politischen Lage haben zur Systemstabilisierung und zur Bereitschaft beigetragen, Mitglied der westlichen Sicherheitsgemeinschaft zu werden. Adenauer konnte sich u. a. deshalb im Diskurs durchsetzen, weil er Sicherheit versprach.⁴³⁷

Adenauer gelang es mit seiner Argumentation, verschiedene Identitätselemente zu verbinden. Neben den Identitätselementen „Deutschland als Teil des Westens“ und „Die deutsche Frage“ lässt sich das entscheidende Identitätselement mit „Nie allein!“ beschreiben. Es bringt einerseits die Abkehr vom deutschen „Sonderweg“ der Jahre 1933-1945 zum Ausdruck, der gekennzeichnet war durch eine anti-westliche Orientierung, eine autoritäre und totalitäre Politik sowie eine militaristische Neigung. Andererseits fordert dieses Identitätselement die Abkehr von unilateralen Aktionen und bildet die Grundlage für einen Hang zu multilateralem Handeln.

Die Westintegration erschien noch aus einem weiteren Grund als natürliche Konsequenz. Die Identifikation mit einem vereinten Europa ermöglichte der westdeutschen Gesellschaft die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses: Europa wurde damit zur ideellen Kategorie. An diesem Punkt, dem Ausdruck der Suche nach einer neuen Identität, trafen alle Argumentationsmuster zusammen. Adenauer verstand es, durch die gezielte Abgrenzung vom „bolschewistischen Osten“ ein Gemeinschaftsgefühl zu beschwören. Die Zugehörigkeit zur zivilisatorischen Wertegemeinschaft des Westens wurde zu einem zentralen Identitätselement. Adenauer leitete daraus argumentativ die notwendige Europa- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ab und trug somit zur Etablierung eines Diskurses bei, der das außenpolitische Handeln Deutschlands in den folgenden Jahrzehnten bestimmte. Die Westintegration wurde zum allgemeinen Konsens (Banchoff 1999: 56).

Im Zuge der Debatte über die westdeutsche Wiederbewaffnung wurden die Grundlagen der zukünftigen sicherheitspolitischen Orientierungen der Bundesrepublik gelegt. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war die deutsche Gesellschaft auf der Suche nach neuen sinnstiftenden Identifikationsmerkmalen, einem neuen Selbstbild – kurz, nach einer neuen Identität. Der Diskurs über die Wiederbewaffnung hat zu einer grundlegenden Rekonstruktion der nationalen Identität Westdeutschlands geführt. Dabei wurden Identitätselemente etabliert, die über Jahrzehnte Bestand haben sollten.

⁴³⁷ Die Wähler entschieden sich 1953 für Adenauers Weg und gaben damit der Sicherung durch Westintegration den Vorzug vor der Wiedervereinigung.

B Der deutsche Diskurs zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr (1990-1994)

(Christos Katsioulis und Jörg Nadoll)

Einleitung

Die Frage nach einem möglichen Auslandseinsatz der Bundeswehr kam erstmals Ende der achtziger Jahre im Zuge des ersten Golfkriegs auf. Mit der Begründung, dass die Verfassung einen solchen Einsatz nicht erlaube, wies die Bundesregierung die Aufforderung der USA und einiger westeuropäischer Staaten, sich an Militäroperationen zu beteiligen, zurück. Lediglich fünf Minensucher wurden ins Mittelmeer entsandt, um dort amerikanische Schiffe zu ersetzen, die im Persischen Golf operierten. Diese erste *out-of-area* Debatte fand in der deutschen Öffentlichkeit kaum Beachtung.

1989 entschied sich die Bundesregierung, eine UN-Mission in Namibia durch die Entsendung von 50 Beamten des Bundesgrenzschutzes zu unterstützen, die bei der Wahlüberwachung helfen sollten (Bach 1999: 122). Die etwa ein Jahr nach der Namibia-Mission stattfindende irakische Invasion in Kuwait brachte das Thema Auslandseinsatz wieder auf die politische Tagesordnung. Diesmal entbrannte um die Frage einer deutschen Beteiligung an einer von den USA geführten internationalen Eingreiftruppe eine heftige Diskussion, die auch die deutsche Öffentlichkeit bewegte. Eine vorläufige Klärung der Problematik wurde durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 erreicht, in der die Verfassungsrichter feststellten, dass das Grundgesetz einer Beteiligung deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen innerhalb eines Systems kollektiver Sicherheit nach grundsätzlich vorheriger konstitutiver Zustimmung des Bundestages nicht entgegensteht.

Seit der Wiedervereinigung gewann die Frage nach Auslandseinsätzen für die Bundesregierung eine neue Bedeutung, da sie nun mit der weltpolitischen Rolle des neuen Deutschlands verbunden wurde (Bach 1999: 122). Durch die erneute Absage einer deutschen Beteiligung im Zweiten Golfkrieg war die Bundesrepublik einem erheblichen außenpolitischen Druck ausgesetzt, der die Bundesregierung dazu veranlasste, eine Flugzeugstaffel Alpha Jets in die Türkei zu verlegen, um das NATO-Mitglied vor einer potentiellen Aggression durch den Irak abzusichern. Außerdem leistete Deutschland einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Operation. Die z. T. heftigen Reaktionen des Auslands sowie die Angst zahlreicher Politiker vor einer Isolierung der Bundesrepublik leiteten einen Umdenkprozess in Deutschland ein. Dieser wurde durch die Bundesregierung aktiv unterstützt, indem sie bis zur rechtlichen Klärung 1994 durch alleinige Entscheidung die Bundeswehr in Missionen einsetzte, die noch unterhalb der umstrittenen Schwelle verfassungs-

rechtlicher Begrenzung lagen. Im Zuge dieser „Salami-Taktik“ beteiligte sich die Bundesrepublik an *Peace-keeping*-Operationen in Kambodscha und Somalia.

Die Diskursstruktur war – ähnlich wie bei der Wiederbewaffnungsdebatte – durch einen breiten Teilnehmerkreis gekennzeichnet. Neben den Regierungsmitgliedern und den Spitzenfunktionären der Parteien, nahm auch die Öffentlichkeit durch Demonstrationen und Bürgerbewegungen, über die Kirchen und die Medien am Diskurs teil. Da die Hauptargumentationen aber von den Parteien und Regierungsmitgliedern geformt und getragen wurden, gilt ihnen hier die größte Aufmerksamkeit. Die Zuordnung der einzelnen Parteien zu den jeweiligen Mustern und Identitätselementen ist dabei nur schwer möglich, da die inhaltlichen Brüche meist quer durch die Parteien verliefen.

Die Diskursformation ‚Normalisierung‘

Die CDU/CSU und ein Teil der FDP forderten ein „normales“ Auftreten Deutschlands auf der internationalen Bühne. Darunter wurde ein bestimmteres Verhalten und die Akzeptanz des vermeintlich „neuen Status“⁴³⁸ der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung verstanden. Sie traten für die uneingeschränkte Beteiligung an Kampfeinsätzen im Verbund mit den Bündnispartnern ein. Diese Handlungsempfehlung erdete sich zum einen im Identitätselement ‚das verantwortungsbewusste Deutschland‘ vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte und wies insofern eine moralische Dimension auf. Deutschland habe als „Weltbürger“ (Müller 1994: 131) die Pflicht, sich positiv in den Prozess der Zivilisierung der Weltgemeinschaft einzubringen. Die regierende CDU/CSU begründete dies mit den Leistungen der Alliierten nach dem II. Weltkrieg für Deutschland und der stärkeren Bedeutung Deutschlands. Der Teil der FDP um Klaus Kinkel, der für eine ‚Normalisierung‘ der deutschen Außenpolitik eintrat, führte daneben auch die deutsche Vergangenheit als Hintergrund dieser moralischen Verantwortung an. Wegen der Schuld Deutschlands, die es mit den beiden Weltkriegen und der Ermordung zahlloser Menschen auf sich geladen habe, trage es die historische Verantwortung, den Frieden in der Welt zu befördern.⁴³⁹

Die Teilnahme an militärischen Einsätzen internationaler Organisationen stelle für die Regierungsparteien einen Schritt zu einer ‚normalen‘ Außenpolitik im Sinne anderer Staaten wie Frankreich und Großbritannien dar, die dennoch den besonderen Anforderungen der deutschen Vergangenheit gerecht werde.

Ein weitere Anknüpfung bezog sich auf die schiere Existenz eines Staates im Herzen Europas, der 80 Millionen Einwohner hat und die mit Abstand stärkste Wirtschaftsmacht auf dem Kontinent darstellt. Die latente Bedrohung, die für die anderen Nationen in Europa von diesem Koloss ausgeht, müsse Deutschland

⁴³⁸ Vgl. dazu: Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

noch stärker dazu verpflichtet, sich für die Einigung Europas einzusetzen. Die geopolitisch traditionell prekäre Mittellage – ‚die deutsche Frage‘ – solle umgemünzt werden in das Zentrum eines sich politisch und wirtschaftlich vereinigenden Europas (Bach 1999: 134f.).

Neben der moralischen Dimension wies diese Diskursformation zugleich die der praktischen Verantwortung auf, in der sich wiederum drei Argumentationsmuster nachzeichnen lassen. Sie sind sehr eng verbunden mit den oben angeführten moralischen Positionen, beziehen sich aber stärker auf den praktischen, als auf den ideellen Aspekt der internationalen Gemeinschaft. Gemeint ist damit erstens die Verantwortung, die Deutschland für das Funktionieren der internationalen Organisationen (EU, NATO, WTO, OSZE, UNO) hat. Diese seien als einzige Akteure in der Lage, die Welt vor einem Rückfall in nationalistische Machtpolitik zu bewahren. Deshalb sei es die praktische Pflicht jedes Staates, sich gemäß seiner Möglichkeiten einzubringen (Schönbohm 1995: 9).

Das zweite Argumentationsmuster, das vor allem aus der CDU/CSU immer wieder vorgetragen wurde, ist die Notwendigkeit der stärkeren Artikulation der nationalen Interessen Deutschlands (Bach 1999: 137f., Hellmann 1999). Die Garantie weltweiten freien Handels sei für die größte Exportnation der Welt oberste Priorität. Dafür müsse man sich mit seinem vollen Gewicht einsetzen und dürfe sich demnach nicht selbst ins Abseits stellen, indem man sich bei internationalen Einsätzen heraushalte.⁴³⁹

Das dritte und wichtigste Argumentationsmuster ist die Bündnisfähigkeit Deutschlands. Bundeskanzler Helmut Kohl verwies auf die untrennbare Verbindung der deutschen Sicherheit mit den internationalen Allianzen (NATO und UN). Nur wenn die Deutschen sich den anderen Staaten in den Bündnissen als „[...] berechenbare, zuverlässige und geachtete Partner [...]“ (Helmut Kohl, in: Amt 1995: 724) zeigten, könnte die eigene Sicherheit langfristig garantiert bleiben. Der Außenminister Klaus Kinkel sprach metaphorisch von Deutschland als Mannschaftsspieler, der sich innerhalb des Teams einbringen müsse und zwar so weit es seine Kräfte erlaubten. Dies implizierte zugleich, dass die Bundesrepublik Deutschland durch Passivität das Team sabotieren könne. Das Vertrauen und die Erwartungen der Partnerstaaten würden enttäuscht werden – wie es im 2. Golfkrieg der Fall gewesen war (Philippi 1997: 3) – und Deutschland würde sich (wieder einmal) als unsicherer Kantonist in Europa erweisen. Damit wurde auch ein wichtiges Identitätselement in Deutschland angesprochen, das sich mit ‚Nie allein‘ kennzeichnen lässt. Die Furcht vor der außenpolitischen Isolation und einem deutschen Alleingang prägte die CDU/CSU mit dem Schlagwort des „neuen deutschen Sonderweges“ (Bach 1999: 144). Der dem Begriff „Sonderweg“ innewohnende Verweis auf die

⁴³⁹ Vgl. dazu: Bundesministerium der Verteidigung 1992.

vormaligen Abwege der deutschen Geschichte erlaubte es den Regierungsparteien, mit diesem Begriff ein Identitätselement in Deutschland zu aktivieren, dessen Überzeugungskraft sich schon im Diskurs um die Wiederbewaffnung erwiesen hatte.

Die Diskursformation der Zurückhaltung⁴⁴⁰

Die SPD, die GRÜNEN, die PDS und ein Teil der FDP konnten sich zwar der Linie der ‚Normalisierer‘ nicht anschließen, vertraten aber in sich keine einheitliche Meinung. In der SPD war ein breites Spektrum von Befürwortern der Normalität bis hin zur generellen Ablehnung von Auslandseinsätzen vorhanden. Ein realpolitisch orientierter Flügel um Engholm, Klose und Verheugen sprach sich für Blauhelm- und Kampfeinsätze unter UN-Mandat aus und wurde inhaltlich von Teilen der FDP und den (Realo-)GRÜNEN unterstützt. Die Mehrheit der Partei mit Lafontaine, Schröder und Scharping tendierte hingegen zu einer Politik der Zurückhaltung, die lediglich Blauhelm-Einsätze erlauben sollte. Ein pazifistischer Flügel der SPD um Wieczorek-Zeul lehnte, ebenso wie die (Fundi-)GRÜNEN und die PDS jede militärische Beteiligung Deutschlands an Auslandseinsätzen ab. Hauptsächlich in der PDS, aber auch noch in Teilen der SPD und der GRÜNEN fand man den Nachhall der in der Wiederbewaffnungsdebatte noch einflussreichen neutralistisch-pazifistischen Diskursformation (Müller 1994: 134-137). Die Forderungen der PDS nach Abschaffung der NATO und der WEU sowie nach einer Beschränkung der Bundeswehr auf die Verteidigung des Bundesgebiets beinhalteten neben pazifistisch-neutralistischen Argumenten auch Relikte des sozialistischen Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus.⁴⁴¹

Auch im liberalen Zweig der Diskursformation lag der Schwerpunkt auf der besonderen deutschen Verantwortung. Der Hauptbezugspunkt für diese Argumentation war die jüngere deutsche Vergangenheit – die NS-Zeit und der Zweite Weltkrieg. Die Geschichte erforderte in der Interpretation des liberalen Diskurses eine Zurückhaltung bei der Entsendung deutscher Truppen ins Ausland (Philippi 1997: 2). Deutsche Truppen im Ausland würden bei den Nachbarn Erinnerungen an die NS-Zeit wecken, und es wäre ein Affront gegenüber den Opfern deutscher Verfolgungen, wenn erneut deutsche Soldaten in ihrem Land (z. B. in Jugoslawien) eingriffen. Ein wichtiger Slogan, der im liberalen Argumentationsmuster auftaucht, war ‚Nie wieder Krieg‘, ein Imperativ, der direkt aus der deutschen Vergangenheit und der daraus resultierenden Schuld abgeleitet wurde. Nach den Massakern in Bosnien wurde dieser Imperativ allerdings zunehmend in Frage gestellt, und vor allem bei den GRÜNEN kam die Frage auf, ob es nicht vielmehr die Pflicht Deutschlands wäre zu verhindern,

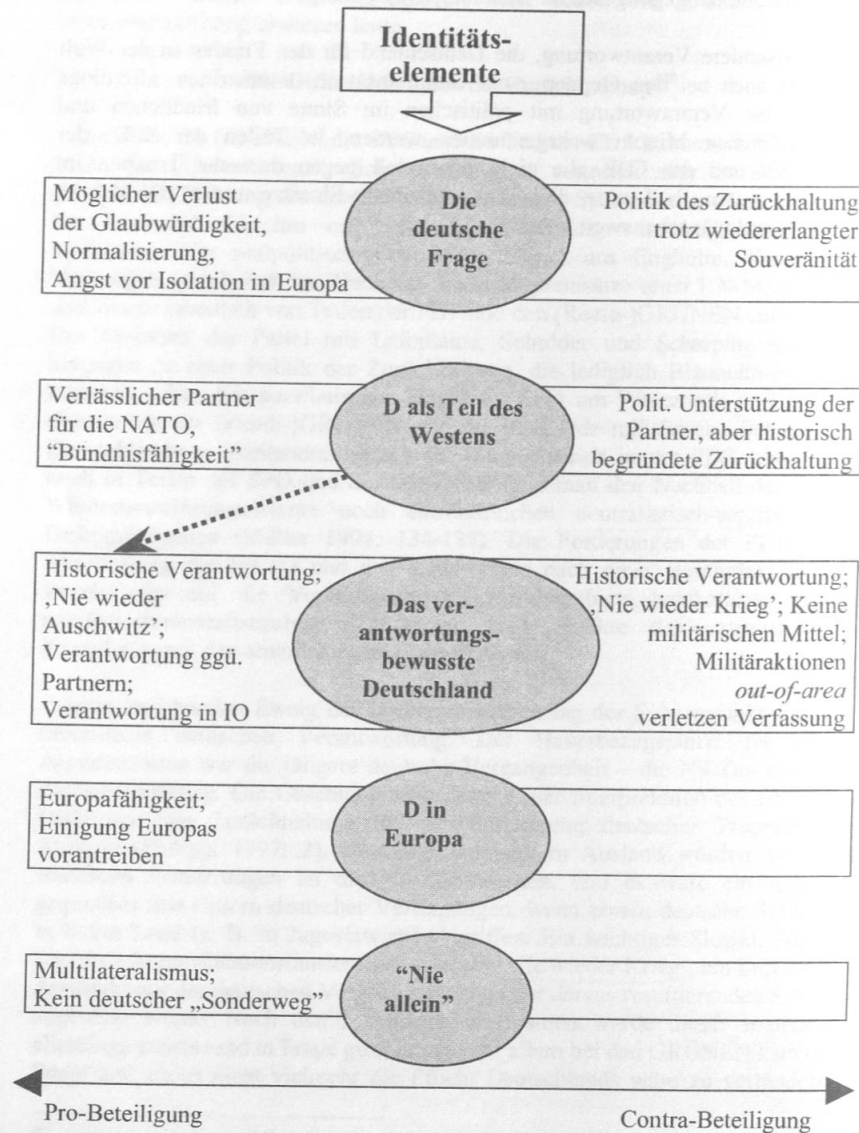
dass ähnliche Gräueltaten wieder geschehen könnten (Zehfuss 2001: 328f.). Das *catchword* „Nie wieder Krieg!“ wurde durch „Nie wieder Auschwitz!“ überlagert, mit entgegengesetzter Handlungsempfehlung.

Die besondere Verantwortung, die Deutschland für den Frieden in der Welt hat, war auch bei den Gegnern von Kampfeinsätzen unumstritten, allerdings sollte diese Verantwortung mit politischen im Sinne von friedlichen und wirtschaftlichen Mitteln wahrgenommen werden. In Teilen der SPD, der GRÜNEN und der FDP, die nicht prinzipiell gegen deutsche Truppen im Ausland waren, bedeutete dies, dass Blauhelm-Einsätze unter UN-Mandat möglich und wünschenswert wären.

⁴⁴⁰ Auch Baumann und Hellmann stellen der ‚quest for normality‘ die ‚culture of restraint‘ gegenüber, vgl. Baumann und Hellmann (2001).

⁴⁴¹ Vgl. dazu das Parteiprogramm der PDS – Punkt 4.10 – unter: http://www.pds-online.de/partei/dokumente/programm/programm_410.htm [16.10.2001].

Abb. 27: Der deutsche Diskurs zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr (1990-1994)



Diskurshegemonie

Diejenigen Vertreter der Unionsparteien sowie der FDP, die sich der normallistischen Diskursformation zuordnen lassen, konnten den Diskurs dominieren, weil es ihnen gelang, Begriffe in die Diskussion einzuführen und miteinander zu verknüpfen, die die Identitätselemente aller Diskursteilnehmer berührten.

Die Schlüsselbegriffe bei der Debatte waren: „Verantwortung“, „Normalisierung“ und „Bündnisfähigkeit“. Diese Begriffe haben für die einzelnen Gruppierungen im Kontext der Debatte über Auslandseinsätze teilweise eine unterschiedliche Bedeutung, weisen aber bei beiden Gruppen unterschiedliche Identitätsbezüge auf. Am Ende der Debatte kamen viele Diskursteilnehmer so zwar zum gleichen Ergebnis, aber auf der Grundlage verschiedener ideeller Annahmen.

Die Hegemonie im Gesamtdiskurs wurde argumentativ über die ‚Bündnisfähigkeit‘ erreicht. Durch das Abstellen auf die Notwendigkeit multilateralen Handelns konnten sich die Vertreter der Unionsparteien sowie der FDP im Diskurs durchsetzen und argumentativ beide Hauptgruppen erreichen. Ihre eigene Gruppe, die für eine bestimmtere deutsche Außenpolitik eintrat und sich für einen gewissen Bruch mit der Vergangenheit sowie eine „Normalisierung“ aussprach, fürchtete, dass ein Zurückstehen in dieser Frage einem Einflussverlust Deutschlands gleichkäme. Die gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit und die „uneingeschränkte Europafähigkeit“ (siehe auch Identitätselement ‚Deutschland in Europa‘) der Bundesrepublik waren für die Unionsparteien die prioritären Ziele.

Die andere Gruppe war mit Blick auf die deutsche Vergangenheit im Grunde gegen den Einsatz von militärischer Gewalt. Durch den Verweis auf die Notwendigkeit der Bündnisfähigkeit und auf die deutsche Verantwortung rührten die „Normalisten“ aber am Selbstverständnis der Vertreter des liberalen Ansatzes (zu der in dieser Debatte vor allem die GRÜNEN und große Teile der SPD zu rechnen sind), da diese Begriffe einen – wenn auch von den Normalisten verschiedenen – wichtigen Bezug zu ihrer spezifischen Identitätskonstruktion aufwiesen. Bündnisfähigkeit verweist auf Multilateralismus, eine allgemeine Maxime in der deutschen Außenpolitik, die für die Liberalisten wiederum eng mit dem Identitätselement „nie allein“ verknüpft ist. Dabei spielte nicht so sehr die Angst vor Einflussverlust, sondern vor der Isolierung Deutschlands eine Rolle. Isolation wäre zugleich der ideellen Zielkategorie eines Gesamteuropas zuwider gelaufen.

Der Begriff „Normalität“ ist eng verbunden mit der Intention, den Nationalstaat und seine Status quo-Rechte zu bewahren. Daher wurde er von Vertretern des liberalen Ansatzes vermieden, weil für sie die Veränderung des globalen

Systems („Weltinnenpolitik“) und ein noch stärkerer Multilateralismus zentrale Themen sind.

Neben dem Begriff ‚Bündnisfähigkeit‘ spielte der Verweis auf die ‚besondere Verantwortung Deutschlands‘ eine Rolle, auch wenn dieser Begriff von Vertretern beider Diskursformationen z.T. mit unterschiedlichen Bedeutungen versehen wurde. Die Verantwortungsargumentation wies zwei Linien auf: Einerseits Verantwortung mit Blick auf das praktisch Erforderliche, andererseits moralische Verantwortung. „Verantwortung“ bedeutete für die Normalisten, sich aufgrund seiner natürlichen Gegebenheiten (Größe, Geographie, Gewicht) wie Frankreich Großbritannien oder andere „normale Staaten“ zu verhalten. ‚Normalsein‘ bedeutete in diesem Zusammenhang, seinen „Großmachtstatus“ zu akzeptieren und sich demgemäß zu verhalten. Diesem Argument folgten die Liberalisten nicht.

Allerdings verwiesen die Normalisten, insbesondere Kinkel, auch auf die moralische Verantwortung Deutschlands. Aus der Vergangenheit käme der Bundesrepublik eine besondere Verantwortung zu, an der Wiederherstellung von Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechten mitzuwirken. Diese Argumentation rührte am Selbstverständnis der Vertreter des liberalen Ansatzes.

Die Identitätsbezüge bei den ‚liberalen‘ Diskursträgern waren untrennbar mit der NS-Zeit verknüpft, und diese Zusammenhänge flossen auch in die Argumentation ein. Deutsche Verantwortung wurde von den Liberalisten vor allem als Verantwortung gegenüber der deutschen Vergangenheit verstanden. Nie wieder dürfe gleicher Schrecken von deutschem Boden ausgehen. Vor dem Hintergrund der Gräueltaten in Bosnien und des Verweises auf moralische Verantwortung erlangte „nie wieder“ eine erweiterte Bedeutung, nämlich Ähnliches in keinem Fall mehr zu zulassen. Das identitäre Dilemma zwischen Gewaltverzicht und der gewaltsamen Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen wurde zu Gunsten der letzteren Kategorie aufgelöst.

Generell scheint eine „kluge Selbstbeschränkung“ in militärischen Fragen allgemeiner Konsens zu sein. Allerdings folgen aus dem Selbstverständnis der beiden Gruppen jeweils andere Schlussfolgerungen darüber, was in der aktuellen Situation „klug“ ist.

Im Rahmen der Debatte um den Auslandseinsatz wurde „Verantwortung“ von den Normalisten mit „objektiven Erfordernissen“ der gegebenen Situation verknüpft. So gebiete es die Verantwortung Deutschlands, der internationalen Gemeinschaft zum Erfolg zu verhelfen. Argumentiert wurde damit, dass internationale Organisationen die Welt vor einem Rückfall in nationalistische Machtpolitik bewahren. Dies gelinge aber nur, wenn jeder seinen Teil dazu beitrage. Aufgrund ihrer weltweiten Verflechtungen als Industriestaat, ihrer geostrategischen Mittellage in Europa und ihrer Mitgliedschaft in NATO, EU,

WEU sowie als Mitgliedstaat der OSZE ergebe sich für die Bundesrepublik eine Pflicht zur Mitgestaltung, damit die Organisationen handlungsfähig blieben.

Mit dieser Argumentationslinie ist auch die der Bündnisfähigkeit eng verbunden. Sie erwies sich als stärkster Hebel gegen die Kritik der Sozialdemokraten. Der Vorwurf, wer sich gegen einen Einsatz sperre, gefährde die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsbündnisse und mache Deutschland als Verbündeten unglaublich und unfähig, entkräftete die meisten Vorbehalte.

Die Normalisten betonten in diesem Zusammenhang auch die deutsche Verantwortung gegenüber den Nachbarstaaten. Da in der deutschen Außenpolitik die Perzeption des Auslands traditionell große Beachtung findet (Gordon 1994: 233), ist anzunehmen, dass diese Bedeutungszuweisung von Verantwortung – auch vor dem Hintergrund der befürchteten Isolierung – Zustimmung fand.

Die Verbindung zwischen moralischer und praktischer Verantwortung liegt darin, in *peacekeeping*-Aktionen eine Antwort auf die Barbarei Hitlers zu sehen. Soldaten sind dabei nicht Söldner in einem Krieg, sondern Polizisten in einer internationalen Ordnung von Recht und Frieden. Durch diese Verknüpfung haben die Normalisten den Pazifisten und der Friedensbewegung das Zepter aus der Hand genommen. Sie wurden zum *privileged storyteller*, die für sich in Anspruch nehmen konnten autorisiert zu sein, über Frieden zu reden. Die Argumentation gipfelte darin, dass diejenigen, die gegen einen Militäreinsatz waren, letztlich gegen den Frieden und damit unmoralisch seien.

Die Begriffe ‚Verantwortung‘ und ‚Bündnisfähigkeit‘ haben für beide Gruppen eine besondere Bedeutung. Die Unionsparteien konnten zusammen mit der FDP den Diskurs dominieren, weil es ihnen in ihrer Argumentation gelang, Begriffe zu thematisieren, die konkrete Identitätsbezüge aufwiesen. Ihre Wirkung wurde im Diskurs dadurch erhöht, dass sie im Sinne der Angemessenheitslogik miteinander verknüpft wurden. Auf diese Weise entstand ein argumentativer Kreislauf, der die Gesamtargumentation stark machte und in dem sich nahezu jeder wiederfinden konnte.

Das Ringen um die linguistische Dominanz konzentrierte sich z.T. darauf, die Kontrolle über die Bedeutungszuweisung der Geschichte zu erlangen. Durchsetzen konnte sich der Diskurs, der deutlich mit dem normalistischen Ansatz in der Literatur in Verbindung gebracht werden kann und eng mit dem politischen Spektrum Mitte-Rechts verknüpft ist – obwohl auch die Mehrheit der Sozialdemokraten und ein Teil der Grünen letztlich seine Logik akzeptiert haben.

Die Normalisten erlangten auch die Diskurshegemonie, weil sie zum einen neue Terminologien – wie ‚Friedenstruppen‘ – einführen konnten, was günstige Voraussetzungen für den eigenen Diskurs schaffte. Zum zweiten gelang es, Verbindungen zu bereits existierenden Begriffen herzustellen, die positive

Konnotationen aufwiesen, aber ideologisch ungebunden waren (z. B. Moral und Verantwortung). Schließlich konnten sie im Kontext des spezifischen Diskurses behaupten, die „wahre“ Bedeutung eines Wortes zu kennen als etwa die rhetorische Frage gestellt wurde, ob die CDU eine gewaltsame Partei sei, wenn sich die Grünen als gewaltfreie Partei bezeichneten.

Die deutsche Identität: Von der Wiederbewaffnung zu out of area-Einsätzen

Zu den wiederkehrenden Identitätselementen zählte insbesondere der starke Hang zu multilateralem Handeln (*„Nie allein!“*). Dieser fand zunächst Ausdruck in der Westintegration Deutschlands als Folge des Wiederbewaffnungsdiskurses. Damit war die Grundentscheidung für eine Bündnisorientierung gefällt, die im Laufe der Jahre bestätigt wurde. Die Sicherstellung der Bündnisfähigkeit war ein entscheidendes Argument im Zuge des *out-of-area*-Diskurses, woraus zu schließen ist, dass das multilaterale Element in der deutschen Identitätskonstruktion nicht nur bestätigt, sondern zudem im Zeitverlauf verstärkt wurde. Hier wurden erneut die zwei Dimensionen dieses Identitätselements besonders deutlich: Einerseits eine Abneigung vor unilateralen Aktionen und andererseits eine Angst vor Isolation. *„Nie allein!“* bedeutet im Rahmen der deutschen Identitätskonstruktion auch, nicht allein zurück zu bleiben, wenn die Bündnispartner gemeinsam handeln. Aus diesem zentralen Element resultiert die in der historischen Betrachtung festzustellende Selbsteinbindung der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Blick auf die Bündnisorientierung zeichnete sich bereits Anfang der fünfziger Jahre eine starke Präferenz für ein vereintes Europa ab. Aufgrund der Suche nach einem neuen Selbstbild war die europäische Integration für einen Großteil der westdeutschen Gesellschaft von Anfang an auch eine ideelle Zielkategorie. Die besondere Identifikation mit Europa in Ermangelung anderer sinnstiftender Identifikationsmerkmale in der Nachkriegszeit führte zur Etablierung eines spezifischen „europäischen Elements“ in der deutschen Identität, das über die Jahre rekonstruiert und verstärkt wurde. Im Verlauf des *out-of-area*-Diskurses wurde daher erfolgreich mit dem Erhalt der „Europafähigkeit“ argumentiert.

Weiterhin zeigt der Vergleich der beiden historischen Diskurse, dass auch nicht dominante Argumentationsmuster eine gewisse Stabilität aufweisen, soweit sie sich in der nationalen Identitätskonstruktion verankern lassen. So tauchte etwa der Neutralitätsdiskurs – obwohl in den fünfziger Jahre klar unterlegen – im Zuge der *out-of-area*-Debatte durch die PDS wieder auf. Darüber hinaus offenbarten sich bei dieser Debatte grundlegende pazifistische Tendenzen auch bei Teilen der SPD und vor allem beim Fundi-Flügel der Grünen, für den sich „das verantwortungsbewusste Deutschland“ nach wie vor durch *„Nie wieder Krieg!“* auszeichnete. Dieses Identitätselement des verantwortungsbewussten Deutschland, das im Zuge des Wiederbewaffnungsdiskurses etabliert wurde,

zeigte für die deutsche Gesellschaft und damit für die deutsche Außenpolitik seine Bedeutung insbesondere in der Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Mittel und in der starken Präferenz für politische Lösungen. Der Verlauf des langwierigen Diskurses über die Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfeinsätzen außerhalb des Bündnisgebietes macht deutlich, dass die militärische Zurückhaltung zu einer eigenständigen Diskursformation der deutschen Identitätskonstruktion geworden ist. Elementare Argumentationsmuster waren u.a. im Neutralitätsdiskurs der fünfziger Jahre bereits angelegt.

Insgesamt hat sich damit die nationale Identitätskonstruktion der fünfziger Jahre als relativ stabil erwiesen. Die Relativität dieser Stabilität zeigte sich aber darin, dass das für die Grünen zentrale Identitätselement mit einer neuen Bedeutung versehen wurde. Vor dem Hintergrund der Gräueltaten in Bosnien und der historisch bedingten moralischen Verantwortung Deutschlands erlangte *„Nie wieder!“* eine erweiterte Bedeutung, nämlich Ähnliches in keinem Fall mehr zu zulassen (*„Nie wieder Auschwitz!“*). Im identitären Dilemma zwischen Gewaltverzicht und der gewaltsamen Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen setzte sich letzteres durch. Damit deutet sich eine graduelle Neuinterpretation der Identitätselemente an.

Die relative Stabilität der Identitätskonstruktion zeigte sich also vor allem in den gleichen Identitätsbezügen der beiden Diskurse. Allerdings wurde sowohl innerhalb des selben Diskurses als auch im historischen Vergleich auf der Grundlage der selben Identitätselemente – bspw. der besonderen Verantwortung Deutschlands in der Außenpolitik – unterschiedlich argumentiert: Unterschiedliche Diskursträger erdeten sich zwar im gleichen Identitätselement, wechselten jedoch die Diskursformation und vor allem die Handlungsempfehlung! Während sich etwa die Mehrheit der CDU/CSU im Zuge des Wiederbewaffnungsdiskurses mit Verweis auf die historische Verantwortung Deutschlands für mehr Zurückhaltung ausgesprochen und die Mehrheit der SPD unter Schumacher hingegen für ein bestimmteres Auftreten plädiert hatte, kehrte sich die Argumentation der Parteien bei der *out-of-area*-Debatte geradezu um. Jetzt forderten die Unionsparteien ein bestimmteres außenpolitisches Auftreten der Bundesrepublik, während Teile der SPD zusammen mit den Grünen – auf die besondere Verantwortung Deutschlands verweisend – auf Zurückhaltung drängten. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff „deutscher Sonderweg“ jeweils mit unterschiedlicher Bedeutung versehen. Die „Sonderwegsargumentation“ tauchte bereits im Wiederbewaffnungsdiskurs auf und hat sich seitdem als Argumentationsmuster des Identitätselementes „das verantwortungsbewusste Deutschland“ etabliert. Im historischen Verlauf deutet sich eine Verschiebung der akzeptierten Interpretation des „deutschen Sonderwegsarguments“ an.⁴⁴² Wurde damit lange überzeugend mit Verweis auf die deutsche Vergangenheit für eine zurückhaltende Außenpolitik argumentiert, zeichnete sich

⁴⁴² Diesen Punkt macht auch Wette (1996): 68f..

in der *out-of-area*-Debatte eine Umdefinition ab. Gekoppelt an das Nie-allein-Element wird die Abkehr vom deutschen Sonderweg vielfach mit einer aktiveren, bestimmteren Außenpolitik gleichgesetzt, die sich an den anderen selbstbewusst handelnden europäischen Staaten orientieren soll.

Zusammenfassend zeigte der Vergleich, dass die Identitätskonstruktion der Bundesrepublik relativ stabil ist. In beiden Diskursen nahmen Vertreter von politischen Parteien eine zentrale Stellung in der Diskursstruktur ein. Weiterhin wurde deutlich, dass die jeweiligen Diskursträger nicht auf bestimmte Argumentationsmuster bzw. Identitätselemente festgelegt sind: Die Positionen wichtiger Teile der CDU wie der SPD veränderten sich von der Wiederbewaffnung zur *out-of-area*-Debatte um 180 Grad.

Literatur: außenpolitische Identität und historische Diskurse Deutschlands

- Adenauer, Konrad (1963), Rede von Adenauer auf dem Parteitag der CDU in Goslar vom 20.22.10.1956, Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II.
- Adenauer, Konrad (1965), Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart.
- Adenauer, Konrad (1975), Reden, 1917-1967: Eine Auswahl, Stuttgart.
- Amt, Auswärtiges, (Hrsg.) (1995), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Dokumente von 1949 bis 1994, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Banchoff, Thomas (1999), The German Problem Transformed. Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995, Ann Arbor, University of Michigan Press.
- Bach, Jonathan P.G. (1999), Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989, New York: St. Martin's Press.
- Berger, Thomas U. (1998), Cultures of Antimilitarism. National Security in Germany and Japan, Baltimore, MD, Johns Hopkins University Press.
- Bundesministerium der Verteidigung (1992), Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Bonn: BMVg.
- Baumann, Rainer und Gunther Hellmann (2001), Germany and the Use of Force. "Total War", the "Culture of Restraint", and the Quest for Normality, in: Douglas Webber (Hrsg.), New Europe, New Germany, Old Foreign Policy? German Politics Special Issue 10,1, London, Frank Cass, S. 61-82.
- Gordon, Philip H. (1994), Berlin's Difficulties. The Normalization of German Foreign Policy, in: ORBIS -Philadelphia 38, no. 2, S. 225-43.
- Jacobsen, Hans-Adolf (1975), Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950-1955, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, Boppard am Rhein: 61-117.
- Löwke, Udo Friedrich (1968), Sozialdemokratie und Wehrfrage 1949 bis 1955. Die Haltung der SPD zur Bewaffnung Teil-Deutschlands, Berlin.

- Mauß, Hanns W. (1999), *Germany and the Use of Force. Still a Civilian Power?*. Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 2, Universität Trier.
- Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.) (1990), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956*, Bd. 2, München.
- Müller, Harald (1994), *Military Intervention for European Security: The German Debate*, in: Lawrence Freedman (Hrsg.), *Military Intervention in European Conflicts*, Oxford: Blackwell Publishers, S. 125-42.
- Noack, Paul (1977), *Das Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954*, Düsseldorf: Droste Verlag.
- Philippi, Nina (1997), *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands*. Frankfurt a.M., Peter Lang.
- Rauschnig, Hermann. (1950), *Deutschland zwischen Ost und West*, Berlin, Hamburg, Stuttgart.
- Schmid, Carlo (1980), *Erinnerungen*, München, Wien.
- Schönbohm, Jörg (1995), *Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor europäischen und globalen Herausforderungen*. unveröffentlichtes Papier, präsentiert bei der DGAP-Konferenz am 26.4.1995. Strausberg.
- Schubert, Klaus von (1972), *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Schumacher, Kurt (1985), *Kurt Schumacher: Reden - Schriften - Korrespondenzen, 1945-1952*, Berlin.
- Tuschhoff, Christian (1993), *Wiederbewaffnung, Westbindung und Wiedervereinigung. Konstitution, nachholende Entwicklung und Rekonstitution deutscher Sicherheitspolitik nach 1949*, in: Jürgen Elvert und Michael Salewski (Hrsg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert, Teil 1: Transatlantische Beziehungen*, Stuttgart, S. 165-214.
- Volkman, Hans E (1988), *Die sozialdemokratische innerparteiliche Diskussion über Sicherheit, Entspannung und deutsche Einheit (1953-1955)*, in: Bruno Thoß und Hans E. Volkman (Hrsg.), *Zwischen kaltem Krieg*

- und Entspannung. Sicherheits- und Entspannungspolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-1956, Boppard am Rhein, S. 155-158.
- Wessel, Helene. (1952), *Unser Weg nach Europa. Rede im Berliner Studentenhaus vor den Arbeitsgruppen der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas"*, vom 6.7.1952. Bonn.
- Wette, Wolfram (1996), *Sonderweg oder Normalität. Zur Diskussion um die internationale Position der Bundesrepublik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (Januar), S. 61-70.
- Zehfuss, Maja (2001), *Constructivism and Identity: A Dangerous Liaison*, in: *European Journal of International Relations* 7 (3), S. 315-348.